



## EINE MAXILEISTUNG FÜR MINILOHN Auf dem heimischen Bau steht es Spitz auf Knopf



Kelle in Maurerhand: Der Bau sucht händeringend Leute. Trotzdem warten Bauarbeiter dringend auf ein Signal der Arbeitgeber, den Branchenmindestlohn als untersten Lohnsockel nicht aufs Spiel zu setzen. „Das wäre fatal. Dann laufen dem Bau die Leute weg“, so die Industriegewerkschaft BAU. Foto: IG BAU | Tobias Seiferthochgeladen von Theodor Groesdonk

### Viele der 13000 Baubeschäftigten in Duisburg und am Niederrhein betroffen

Appell an heimische Bauunternehmen: „Branchenmindestlohn bis Freitag retten“

Die Preise im Supermarkt ziehen an – und auch der Mindestlohn auf dem Bau soll steigen: Ab Mai könnten viele der rund 13000 Baubeschäftigten in Duisburg und am Niederrhein mindestens 13,45 Euro pro Stunde verdienen – sie bekämen dann einen um 60 Cent höheren Branchenmindestlohn. Doch genau das droht jetzt an den Arbeitgebern zu scheitern. „Dann würde der Stundenlohn von Bauhelfern, Maurern, Zimmerern und Co. abstürzen – auf 9,82 Euro. Das wäre der unterste Lohnsockel, der überhaupt zulässig ist: der gesetzliche Mindestlohn“, sagt Klaus Brunken vom Bezirksverband Duisburg-Niederrhein der Industriegewerkschaft BAU. Der stellvertretende Bezirksvorsitzende saß dabei als Mitglied der Tarif- und Schlichtungskommission mit den Arbeitgebern am Verhandlungstisch.

Der Bau warte auf ein „Ja“ der Arbeitgeber zum Branchenmindestlohn. Dazu müssten Bauindustrie und Bauhandwerk bis kommenden Freitag [Hinweis f.d. Red.: 8. April] dem Beispiel der Gewerkschaft folgen und einen Schlichterspruch zum eigenen Mindestlohn für den Bau annehmen. „Es steht Spitz auf Knopf. Der Countdown läuft“, so Klaus Brunken. Der Gewerkschafter ruft die Bauunternehmen in Duisburg und am Niederrhein auf, ihren Arbeitgeberverbänden „das eindeutige Signal zu geben, den Branchenmindestlohn auf dem Bau zu retten“. Andernfalls werde es auf den Baustellen eine „regelrechte Abwanderungswelle“ geben. „Kein Mensch stellt sich bei Wind und Wetter hin und schuftet körperlich hart, um lediglich den gesetzlichen Mindestlohn und damit an der untersten Lohnkante zu verdienen: Minilohn für Maxileistung – das passt nicht. Schon gar nicht bei einer Inflation, die enorm anziehe und die Preise weiter steigen lasse“, sagt Brunken.



# Pressespiegel

Ausgabe: 06.04.2022



Der Bau in Duisburg und am Niederrhein habe volle Auftragsbücher: Für den Neubau von Wohnungen, für Energiespar-Sanierungen und für seniorengerechte Modernisierungen suchten Unternehmen schon heute händeringend Leute. Es sei ein offenes Geheimnis, dass die Branche auf Zuwanderung dringend angewiesen sei. Der Ruf nach Fachkräften aus dem Ausland werde immer lauter. „Was die Manpower angeht, steht hier eine ganze Branche mit dem Rücken zur Wand. Sollte der Bau-Mindestlohn jetzt an den Arbeitgebern scheitern, dann scheitern auch viele Neubau- und Sanierungsmaßnahmen in Duisburg und am Niederrhein. Nämlich genau die, bei denen Bauarbeiter nur den Mindestlohn und nicht den fairen und deutlich höheren Tariflohn bekommen“, so Klaus Brunken. Vor allem sei der Baumindestlohn auch ein Garant für den fairen Wettbewerb der Branche.

Mit seinem Schlichterspruch zum Branchenmindestlohn habe der Präsident des Bundessozialgerichts, Rainer Schlegel, dem Bau bei der Lohnuntergrenze eine Perspektive gegeben. Er hat vorgeschlagen, den generellen Bau-Mindestlohn nicht nur ab diesem Mai, sondern auch im nächsten und übernächsten Jahr um jeweils 60 Cent zu erhöhen. Der Mindestlohn für Facharbeiter in Duisburg und am Niederrhein soll, so schlägt der Schlichter vor, bis zum Ende dieses Jahres bei 15,70 Euro liegen und dann als feste Position im Tarifpaket verhandelt werden – also regulär mit den Löhnen auf dem Bau steigen.

Lokalkompass.de

## Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft krisensicher machen



„Wir haben in besonders energieintensiven Bereichen wie beispielsweise in der Ziegelindustrie schon erste Werksschließungen aufgrund der hohen Energiepreise zu verzeichnen.“ Darauf machte Carsten Burckhardt, Bundesvorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt auf der Bundesfachgruppenkonferenz für das Bauausbaugewerbe und Baustoffe am Wochenende in Frankfurt am Main aufmerksam.

Zudem höre man von Gewerkschaftsmitgliedern, Betriebsräten und Beschäftigten aus großen, mittelständischen aber auch ganz kleinen Betrieben schon jetzt, dass es zu Schwierigkeiten aufgrund von Lieferengpässen komme oder absehbar kommen könne. „Wir fordern die Politik dringend auf, durch konsequente und wirkungsvolle Maßnahmen die notwendige Sicherheit zu schaffen und mögliche soziale Härten angemessen abzufedern. Dabei kommt es darauf an, dass das Geld auch bei den vielen Beschäftigten in den kleinen und kleinsten Betrieben ankommt.“ So setze er sich beispielsweise dafür ein, dass es auch eine Kurzarbeiter-Regelung gebe, wenn die Produktion aufgrund erhöhter Energiepreise heruntergefahren werden müsste.



# Pressespiegel

Ausgabe: 06.04.2022



Burckhardt weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es die Bauwirtschaft mit ihren insgesamt rund 3,2 Millionen Beschäftigten war, die sich gerade in der Zeit der Pandemie als „Lokomotive und Sicherungsanker“ der deutschen Wirtschaft erwiesen hat. Deshalb sollten die Arbeitsplätze in der Wertschöpfungskette Bau krisensicher gemacht werden. „Die Beschäftigten am Bau und in der Baustoffindustrie haben eine Absicherung in der aktuellen Lage verdient – genauso wie die Beschäftigten in den von der Pandemie besonders betroffenen Branchen.“ Die Bundesregierung müsse dafür sorgen, dass die großen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben wie beispielsweise der Bau von 400.000 bezahlbaren Wohnungen, die energetische Gebäudesanierung, der Ausbau der erneuerbaren Energien und die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen trotz allem angepackt und erledigt werden. „Es ist sicherlich niemandem gedient, wenn die Fachkräfte am Bau in andere Branchen abwandern, die ihnen in der aktuellen Krise möglicherweise mehr Sicherheit bieten können.“

Lokalkompass.de

## Grüne bezweifeln Verbot der Schulmaskenpflicht

**Düsseldorf.** Die Landtagsfraktion der Grünen bezweifelt, dass das Verbot für Schulkonferenzen, eine Maskenpflicht im Unterricht zu beschließen, rechtlich durchsetzbar ist. „Laut Dienstrecht hat eine Schulleitung auch die Aufgabe, für den Arbeitsschutz zu sorgen. Das bedeutet, dass sie das Maskentragen anordnen könnte“, sagte Grünen-Schulexpertin Sigrid Beer am Dienstag. Hier sei man sich einig mit der Lehrgewerkschaft GEW in NRW. In einer Anfrage fordert die Fraktion eine Stellungnahme dazu von NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP). mk

NRZ Mantel